

## In dieser Ausgabe

Mehr Eisenbahngüterverkehr durch Höherstufung der Ausbaustrecke  
Lübeck-Lüneburg

Seite 2

Elbe-Seitenkanal profitiert von Reform der Planungs- und  
Genehmigungsverfahren

Seite 3

Auf Worte folgen Taten

Seite 4

Leistungsverbesserungen in der GKV, Stärkung des Pflegepersonals,  
Entlastung von Familien, gleichwertige Lebensverhältnisse

Seite 5

Klarstellung zum Migrationspakt, Newsticker „Zahlen und Fakten“,  
Auszug aus dem Terminkalender

Seite 6



Foto: Büro Pols MdB

Orgel der St. Johanniskirche.

**CDU**

## Die Woche in Berlin

Es bewegt sich was in unserer Partei und das ist überall spürbar. Ich freue mich sehr, dass die Debattenkultur in unserer Partei nun noch mehr an Fahrt aufnimmt. Dennoch haben wir uns in Berlin alles andere als nur mit uns selbst beschäftigt, sondern zahlreiche Debatten geführt und Gesetze auf den Weg gebracht. Selten war unser Wahlkreis davon so stark betroffen wie in dieser Woche. Was ich hier in Berlin für unsere Region erreichen konnte und was sonst noch so passiert ist, erfahren Sie auf den folgenden Seiten. Viel Spaß bei der Lektüre.

Ihr



Eckhard Pols MdB

## 900.000 Euro für Orgel in St. Jannis

Gute Nachrichten für Lüneburg: Für die Restaurierung der historischen Orgel der St. Johanniskirche in Lüneburg werden Bundesfördermittel von 900.000 Euro freigegeben. Das hat gestern der Haushaltsausschuss des Bundestages beschlossen.

Schon 2016 hatte ich mich für die Förderung eingesetzt. Doch erst war das vorherige Förderprogramm schon überzeichnet, dann stand die lange Regierungsbildung einer Förderung durch den Bund im Wege. Umso mehr freue ich mich jetzt, dass die Gelder zur Sanierung einer der bedeutendsten Orgeln Norddeutschlands bereitgestellt werden.

Die Orgel der St. Jannis wurde 1553 von Hendrik Niehoff erbaut und 1715 von Matthias Dropa erweitert. Sie ist die letzte Großorgel der niederländischen Werkstatt Niehoff, von der nennenswertes Pfeifenmaterial im Originalgehäuse am originalen Aufstel-

lungsort erhalten ist. Die Werkstatt begründete und vollendete die Renaissance-Tradition im niederländischen Orgelbau und wurde für den norddeutschen Orgelbau im 16. und 17. Jahrhundert stilbildend. Der bis 1715 fast unveränderte Klang der St. Jannisorgel wurde so geschätzt, dass Dropa vertraglich zusichern musste, den Klangcharakter im Rahmen ihrer Erweiterung zu wahren. Trotz folgender klangverändernder Überarbeitungen gilt die Orgel unter Fachleuten unverändert als herausragendes Instrument, an dem auch Johann Sebastian Bach von seinem Lehrer Georg Böhm ausgebildet wurde.

Die St. Jannis will das Pfeifenwerk restaurieren und ergänzen, dann jede Pfeife wieder in ihrem ursprünglichen Register auf der ursprünglich eigenen Taste aufstellen lassen. Die Windversorgung aus Bälgen und Windladen soll zudem im Stil Dropas erneuert werden.

# Aufnahme der Strecke Lübeck-Lüneburg in den vordringlichen Bedarf: mehr Eisenbahngüterverkehr zu erwarten

Die Höherstufung der Bahnstrecke zwischen Lübeck und Lüneburg in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans der Bundesregierung wird in meinen Augen nicht ohne Folgen für unsere Regi-

Bisher war die Ausbaustrecke dem potenziellen Bedarf mit der Möglichkeit zugeordnet, in den vordringlichen Bedarf aufzusteigen. Eine Expertengruppe unter Beteiligung der Deutschen Bahn hat jetzt

her der S-Bahn vorbehalten sind. Die S 4 von Hamburg nach Bad Oldesloe ist so eine Strecke, die dafür vorgesehen ist. Doch sollte die Kapazität dieser S-Bahn-Strecke wiederum überlastet sein, wird der Güterverkehr künftig über die Strecke zwischen Lübeck und Lüneburg geleitet.

Neben der reinen Lärmbelastung sind zusätzliche Erschütterungen zu erwarten, die mit weiterem Güterverkehr einhergehen. Davon wäre auch die Elbbrücke bei Lauenburg betroffen, obwohl die Brücke schon heute stark in Anspruch genommen wird. Derzeit ist eine Elektrifizierung und Begradigung der Bahnstrecke Lübeck - Lüneburg geplant.

Zumindest ein zweigleisiger Ausbau der Strecke ist vorerst ausgeschlossen. Doch auch hier müssen wir weiter wachsam zu bleiben.

Der Fehmarnbelttunnel ist Teil einer von sechs transeuropäischen Hauptverkehrsachsen, die durch Deutschland führen und die Staaten der EU verkehrlich stärker miteinander vernetzen sollen. Das ist ein an sich lobenswertes Vorhaben, aber die Menschen haben noch keinen umfassenden Überblick über alle damit verbundenen Projekte erhalten. Nur wenn die Menschen hier in der Region wissen, was sie erwartet, können sie sich über Verkehrsprojekte wie Alpha-E eine abschließende Meinung bilden.



on bleiben. Mit der Aufnahme in den vordringlichen Bedarf muss die Realisierung der Bahnstrecke bis zum Jahre 2030 angegangen werden. Gerade angesichts des Megaprojektes „Fehmarnbelttunnel“ wäre so zukünftig mit deutlich mehr Güterverkehr in der Region Lüneburg zu rechnen.

Über die Aufnahme der Ausbaustrecke zwischen Lübeck und Lüneburg in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes hat mich der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI), Enak Ferlemann, bei einer Veranstaltung informiert. Ich bin allerdings absolut gegen den Streckenausbau.

ermittelt, dass die Strecke angeblich doch einen größeren volkswirtschaftlichen Nutzen habe, als der Ausbau kostet. Dies kommt im Wesentlichen zustande, weil die Strecke in das Gesamtkonzept des BMVI zur Entlastung des Hamburger Bahnknotens vom Güterverkehr eingebunden werden soll. Die Strecke Lübeck - Lüneburg ist so ganz knapp über den nötigen Nutzen-Kosten-Faktor eins gekommen.

Um den Schienenverkehr über Hamburg besser abwickeln zu können, soll Güterverkehr nach der Vorstellung des BMVI nicht nur über das reguläre Bahnstreckennetz gelenkt werden, sondern auch über solche Strecken, die bis-

# Elbe-Seitenkanal profitiert von Reform der Planungs- und Genehmigungsver- fahren

In dieser Woche wurde die Reform der Planungs- und Genehmigungsverfahren im Deutschen Bundestag verabschiedet. Davon wird auch der Elbe-Seitenkanal profitieren. Ich hatte die Aufnahme des Kanals in die Liste derjenigen Verkehrswege im Bundeswasserstraßengesetz vorgeschlagen, für die bei Klagen ausschließlich das Bundesverwaltungsgericht erst- und letztinstanzlich zuständig ist. Dies könnte jetzt hinsichtlich des geplanten vorgezogenen Ersatzneubaus des Schiffshebewerks Scharnebeck relevant werden.

Durch die Aufnahme des Elbe-Seitenkanals in die entsprechende Anlage des Bundeswasserstraßengesetzes erhalten gegen Planungsvorhaben Klagende die Möglichkeit, zügig und vergleichsweise unbürokratisch eine höchstrichterliche Entscheidung zu erwirken. Gleichzeitig kommt die gefundene Regelung den Nutzern der Wasserstraße und den Bauträgern zugute, da sich die Zeit der juristischen Unwägbarkeit und die Bauzeiten verkürzen. Schnelle höchstrichterliche Entscheidungen sind ein Gewinn für alle Seiten.

Konkret geht es um Anlage 2 zu Paragraph 14e Absatz 1 Bundeswasser-

*„Mit der Reform der Planungs- und Genehmigungsverfahren wird das ganze Verfahren unbürokratischer und effizienter. Das Bundesverkehrsministerium hat hier wirklich gute Arbeit geleistet.“*



**Das Planungsbeschleunigungsgesetz gilt auch für den vorgezogenen Ersatzneubau des Schiffshebewerks Scharnebeck am Elbe-Seitenkanal.**

straßengesetz. Neben dem Elbe-Seitenkanal enthält die Anlage sechs weitere Bundeswasserstraßen, darunter zum Beispiel die Unter- und Außenelbe. Um in die Liste aufgenommen zu werden, müssen Bundeswasserstraßen der Herstellung der Deutschen Einheit, der Einbindung der neuen Mitgliedstaaten in die Europäische Union, der Verbesserung der seewärtigen Zufahrten zu deutschen Seehäfen und deren Hinterlandanbindung oder in besonderer Weise der Beseitigung schwerwiegender Verkehrsengpässe dienen oder einen sonstigen internationalen Bezug aufweisen.

Fast alle Kriterien erfüllt der Elbe-Seitenkanal. Das hängt vor allem mit der mangelhaften Befahrbarkeit der Binnenelbe zusammen, was gerade bei Niedrigwasser der

Fall ist. Denn damit die Güter vom Hamburger Hafen mit dem Binnenschiff in das Hinterland gelangen können, müssen die Binnenschiffe sehr häufig den Elbe-Seitenkanal passieren, um über den Mittellandkanal bei Magdeburg wieder auf die Elbe zu kommen, von wo aus sie über Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Sachsen Richtung Tschechien weiterfahren.

Die Reform der Planungs- und Genehmigungsverfahren im Bereich der Wasserstraßen, Straßen und Schienen sieht neben schnelleren Gerichtsverfahren die Vermeidung von Doppelprüfungen, effizientere Verfahren sowie ein Mehr an Transparenz und Digitalisierung bei der Bürgerbeteiligung vor. Das Bundesverkehrsministerium hat hier wirklich gute Arbeit geleistet.

# Auf Worte folgen Taten

Wir haben in dieser Woche ein anderes politisches Berlin erlebt, als wir es vor gut zwei Wochen verlassen haben. Die CDU begibt sich auf den spannenden Weg, einen neuen Vorsitzenden bzw. eine neue Vorsitzende zu finden. Mein Respekt und Dank gilt Dr. Angela Merkel, die unsere Partei lange erfolgreich geführt hat. Den nun kommenden Wechsel an der Parteispitze begrüße ich aber auch ausdrücklich, denn es wird Zeit, dass wir wieder verstärkt um die sachliche Ausrichtung der CDU debattieren, und das auch ruhig öffentlich. Das hatte mir in den letzten Monaten doch gefehlt, gehört aber zu einer Volkspartei dazu. Ich freue mich schon auf die Regionalkonferenzen, in denen sich die Kandidaten vorstellen werden. Auch darüber hinaus gab es zahlreiche weitere wichtige Ereignisse. Die CSU hat in Bayern eine neue Regierung gebildet und Markus Söder wurde als bayerischer Ministerpräsident wiedergewählt. Zudem haben wir im Deutschen Bundestag in dieser Woche viele gute Gesetze für die Bürgerinnen und Bürger verabschiedet. Verbesserungen in der Pflege und bei der Rente gerade für Mütter kommen älteren Menschen zugute. Wir entlasten Familien und die arbeitende Mitte durch mehr Kindergeld und den Abbau der kalten Progression. Zudem beschleunigen wir den Bau neuer Straßen und Schienen, indem Planungsverfahren effizienter und

*„Mein Respekt und Dank gilt Dr. Angela Merkel, die unsere Partei lange erfolgreich geführt hat. Den nun kommenden Wechsel an der Parteispitze begrüße ich aber auch ausdrücklich, denn es wird Zeit, dass wir wieder verstärkt um die sachliche Ausrichtung der CDU debattieren.“*



**Die CDU-Bundesvorsitzende, Kanzlerin Angela Merkel, bei der Pressekonferenz, auf der sie ihren Verzicht auf eine erneute Kandidatur für den Parteivorsitz ankündigte.**

bürgernäher werden. Schließlich haben wir umfangreiche Hilfen für Langzeitarbeitslose, damit sie einen Weg zurück in Arbeit finden, beschlossen.

Dass wir für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland eintreten, haben wir am Mittwoch in einer ersten Orientierungsdebatte zu dieser Frage bekräftigt. Wie keine andere Fraktion stehen wir für die Interessen aller Regionen unseres Landes ein – sei es Stadt oder Land, Ost oder West. Die Union trägt die Idee des Zusammenhalts schon in ihrem Namen.

Heute, Freitag, den 9. November, haben wir im Plenum dieses besonderen Tages in der deutschen Geschichte gedacht: Wir haben uns an den Mauerfall 1989, an die Reichspogromnacht vor 80 Jahren sowie an die Ausrufung der Republik 1918 erinnert.

Am 11. November jährt sich zu-

dem das Ende des Ersten Weltkrieges zum hundertsten Mal. Diese „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts brachte große Veränderungen für Europas Landkarte. Erste Ideen einer europäischen Einigung entstanden in der Folge, aber erst nach dem noch schlimmeren Zweiten Weltkrieg gelang ihnen der Durchbruch. Für die europäische Einigung steht niemand so sehr wie wir als Union. Unsere einstigen Feinde sind heute unsere Freunde und Partner. Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, dass dies so bleibt.

Natürlich waren auch die Wahlen in den USA nochmals ein großes Thema. Ich finde es immer wieder erstaunlich, wie unterschiedlich Wahlergebnisse interpretiert werden können. Ich bin jedenfalls gespannt, wie sich die veränderten Mehrheitsverhältnisse im Repräsentantenhaus auswirken werden.

## Leistungsverbesserungen und Stabilisierung in der gesetzlichen Rentenversicherung

Unser „Rentenpaket“ bündelt eine Reihe von Verbesserungen zum 1. Januar 2019. So erhöhen wir etwa die Mütterrente um einen halben Rentenpunkt für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden. Wir schaffen Verbesserungen für krankheitsbedingte Frührentner und führen eine doppelte Haltelinie für Rentenniveau und Beitragssatz ein. Nicht zuletzt werden Geringverdiener bei den Sozialabgaben ohne Einbußen beim Rentenanspruch entlastet, indem wir die Grenze für ermäßigte Sozialversicherungsbeiträge auf 1.300 Euro Monatseinkommen anheben.

## Entlastung von Familien

Auch für Familien mit Kindern haben wir unter anderem mit der Erhöhung des Kindergelds um 10 Euro ab 1. Juli 2019 sowie einer Anhebung des Kinderfreibetrags um 192 Euro ab 1. Januar 2019 eine Reihe von Verbesserungen beschlossen. Zudem wird der steuerliche Grundfreibetrag angehoben und die kalte Progression abgebaut. Durch diese Maßnahmen werden Familien mit Kindern und insbesondere Steuerzahler mit unteren und mittleren Einkommen um insgesamt rund 9,8 Mrd. Euro pro Jahr entlastet. Bis 2022 summieren sich die Entlastungen auf fast 35 Mrd. Euro.

## Stärkung des Pflegepersonals

Das Gesetz zur Stärkung des Pflegepersonals, das wir in zweiter und dritter Lesung beschlossen haben, sieht zahlreiche Neuregelungen vor, um die Pflegekräfte in der Kranken- und Altenpflege zu entlasten.

So sollen etwa 13.000 neue Pflegepersonalstellen im Bereich der Altenpflege geschaffen werden. Die Ausbildungsfinanzierung von Gesundheitsfachberufen in Kliniken wird erleichtert. Zudem wird der Krankenhausstrukturfonds ausgebaut.

Dafür steht ab dem Jahr 2019 ein Finanzvolumen von bis zu einer Milliarde Euro pro Jahr bis einschließlich 2022 bereit.

Damit können z.B. Krankenhausumbauten aber auch Investitionen in die IT-Ausstattung finanziert werden. Es wurde in meinen Augen dringend Zeit, dass wir hier entsprechend gehandelt haben. Mir ist aber auch klar, dass hier noch viel passieren muss, allein schon angesichts der demografischen Veränderungen.



Foto: CDU Deutschlands/Dominik Butzmann.

## Gleichwertige Lebensverhältnisse

Die Regierungskoalition hat die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu einer ihrer zentralen Aufgaben für diese Legislaturperiode gemacht und nutzt ein neues, im Koalitionsvertrag vereinbartes Mittel erstmalig, um das deutlich zu machen. In der Orientierungsdebatte am Mittwoch haben wir unter anderem Fragen einer gerechten Verteilung von Ressourcen oder Teilhabemöglichkeiten für alle in Deutschland lebenden Menschen unabhängig von ihrem Wohnort aufgegriffen. Strukturschwächen in ländlichen Räumen, Regionen, Städten und Kommunen in allen Bundesländern sollen wirkungsvoll

bekämpft und die Kommunen beim demografischen Wandel unterstützt werden. Zur Erarbeitung konkreter Handlungsempfehlungen bis Herbst 2020 hat die Bundesregierung eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ eingesetzt, die im September ihre Arbeit aufgenommen hat.



Foto: Sidney Pfannstiel

## Auszug aus dem Terminkalender

### Samstag, 10. November

- Naturpark-Tag 2018, Südergellersen

### Sonntag, 11. November

- 100 Jahre Frauenwahlrecht, Museum Lüneburg

### Montag, 12. November

- Gespräch mit dem NDR, Lüneburg
- Gespräche mit verschiedenen Mediziner\*innen zur ärztlichen Versorgung, Lüneburg

### Dienstag, 13. November

- BPA-Fahrt, Diskussion mit Teilnehmern, Berlin

### Mittwoch, 14. November

- DRK Kreisverband Mitgliederversammlung, Adendorf

### Donnerstag, 15. November

- Stiftung Lesen im „Schmöff“, Lüchow
- Festvortrag bei der Kinder- und Jugendbuchwoche, Ratshäuser der Hansestadt Lüneburg

### Freitag, 16. November

- Treffen mit Hauptverwaltungsbeamten zum Thema „Ilmenau“, Lüneburg

### Sonntag, 18. November

- Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag, Lüneburg

## Klarstellung zum Migrationspakt

Aktuell wird viel über den „Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration“ diskutiert. Das Thema ist zweifelsfrei komplex. Auch ich betrachte den Pakt nicht kritiklos, halte ihn aber für einen wichtigen Schritt zur globalen Zusammenarbeit in Migrationsfragen. Eine globale Herausforderung wie die Flüchtlingsfrage kann auch nur global angegangen und gelöst werden.

Es darf aber nicht unnötig instrumentalisiert werden, denn es han-

delt sich um ein politisches Rahmendokument, das rechtlich unverbindlich ist.

In dem Pakt wird das souveräne Recht Deutschlands sowie der anderen Nationalstaaten, ihre nationale Migrationspolitik selbst zu regeln, ebenso wie das Recht auf einen effektiven Grenzschutz, bekräftigt und nicht, wie anderweitig behauptet, unterwandert.

Insgesamt wünsche ich mir, dass wir die Thematik offen debattieren und zur Sachlichkeit zurückkehren.

## Newsticker „Zahlen und Fakten“

**+++ Arbeitslosenquote auf Tiefstand +++**

**+++ Siemensstadt 2.0 +++**

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist im Oktober gegenüber dem Vormonat um 53.000 auf 2,204 Millionen Menschen gesunken. Im Vergleich zum Vorjahr waren es 185.000 Jobsuchende weniger, wie die Bundesagentur für Arbeit am Dienstag in Nürnberg mitteilte. Die Arbeitslosenquote sank um 0,1 Prozentpunkte auf 4,9 Prozent.

(Quelle: DPA/Bundesagentur für Arbeit)

+++

Die Siemens AG plant, in den kommenden Jahren bis zu 600 Millionen Euro in eine neue Arbeits- und

Lebenswelt auf dem historischen Siemens-Gelände in Berlin zu investieren. Ziel ist es, in Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft Schlüsseltechnologien und Innovationsfelder zu stärken. Siemens plant, im Rahmen seines Konzepts „Siemensstadt 2.0“ die digitalisierte Industrie auch im sozio-ökonomischen Umfeld zu gestalten. Im Einzelnen sollen Anwendungsfelder wie dezentrale Energiesysteme und Energiemanagement, Elektromobilität, Industrie 4.0, künstliche Intelligenz, Data Analytics oder Blockchain angesiedelt werden.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)